

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 01.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	11.12.2012 / Ratsversammlung (später: Jugendhilfeausschuss) TOP 10.3 - 0190/2008/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Schaffung einer zentralen Anmeldeliste für die Vergabe der Kindertagesstättenplätze in Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Dieser stimmt dem Antrag am 05.02.2013 zu. Die Verwaltung ist aufgefordert, eine stadtseinheitliche Anmeldeliste für alle Kita-Plätze im Stadtgebiet zu erstellen. Als Zeitziel wird der 01.08.2013 vorgegeben.
Aktueller Sachstand	Frühkindliche Bildung - Abt. Verwaltung - Zwischenzeitlich wurde ein eigenes EDV-Verfahren erstellt, das dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 02.12.2014 im Rahmen der Mitteilungsvorlage MV 0160/2013 vorgestellt wurde. Die Verwaltung hat letztmalig am 07.07.2015 im Jugendhilfeausschuss berichtet (0243/2013/MV). Demnach sollte das Programm zum 01.08.2016 - also zum Beginn des Aufnahmeverfahrens für das Betreuungsjahr 2016/2017 - eingesetzt werden. Nach Auskunft des Fachdienstes 03 (Zuständig für die Erstellung des Auftrites) wird die Realisierung nunmehr voraussichtlich zum Jahreswechsel 2018 angestrebt. Der Jugendhilfeausschuss wird voraussichtlich im Monat November 2017 mit einer diesbezüglichen Vorlage beteiligt. Hierzu wird in der betreffenden Sitzung eine Präsentation erfolgen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 02.

Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	17.09.2013 / Ratsversammlung TOP 9.2 - 0007/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK)
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	U. a. ist das ISEK hins. der zwischenzeitlich seit der Kenntnissnahme durch die RV am 16.05.2006 eingetretenen Veränderungen fortzuschreiben. Das räumliche Entwicklungsleitbild sowie die im ISEK erarbeiteten Leitziele und Handlungsschwerpunkte werden von der RV als ganzheitlicher Orientierungsrahmen der zukünftigen Stadtentwicklung bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterführende Fachkonzepte bzw. teilräumliche Entwicklungskonzepte zu erarbeiten u. zur Beschlussfassung vorzulegen. Zum Stand der Umsetzung des ISEK ist jährlich zu berichten (Stadtentwicklungsberichte). Stadtplanung und -entwicklung
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	
Aktueller Sachstand	Zunächst wurde am 14.11.2013 ein Zwischenbericht im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zur Kenntnis genommen (0132/2013/DS). Mit der Drucksache 0302/2013 wurde der RV am 16.09.2014 ein Konzept zur Fortschreibung des ISEK vorgelegt. Es wurde beschlossen, zunächst nur die Arbeitsphasen 1 und 2 umzusetzen. Die Verwaltung hat die RV am 10.02.2015 über den Sachstand informiert (0191/2013/MV). Ein erster Stadtentwicklungsbericht wurde von der RV am 19.05.2015 zur Kenntnis genommen (0420/2013/DS). Im Hauptausschuss am 30.06.2015 wurde über die Umsetzung der im Rahmen der Arbeitsphase 2 beschlossenen Bürgerumfrage informiert (0246/2013/MV). Die Selbstverwaltung äußerte Kritik an der Vorgehensweise der Verwaltung. Insbesondere wurde die Durchführung der Bürgerumfrage in Frage gestellt. Die RV hat ihren diesbezüglichen Beschluss am 14.07.2015 revidiert (0502/2013/DS), die Bürgerumfrage soll nicht durchgeführt werden. In der gleichen Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD eingebracht, der stadtentwicklungspolitische Ziele als Grundlage für die Fortschreibung des ISEK formuliert (0209/2013/An).

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

	Dieser Antrag wurde zunächst vertagt, dann jedoch mit zwei Änderungsanträgen in der Sitzung am 15.09.2015 beschlossen. Mit der Drucksache 0576/2013 hat die Verwaltung am 17.11.2015 den Auftrag erhalten, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der stadtentwicklungspolitischen Ziele zu entwickeln und dazu ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Ein zweiter Stadtentwicklungsbericht wurde der RV am 07.06.2016 vorgelegt (0356/2013/MV). Mit der DS 0852/2013 wurde in der November-Sitzungsfolge 2016 zur Weiterentwicklung des ISEK zum umfassenden Steuerungsunterstützungssystem berichtet. Außerdem wurde das durch die Einordnung der stadtentwicklungspolitischen Ziele in den Produktrahmen entstandene ISEK-Zielsystem zum Beschluss gestellt. Die RV hat in der Sitzung am 22.11.2016 den entsprechenden Beschluss zur der Drucksache 0852/2013/DS gefasst. Der dritte Stadtentwicklungsbericht wird zurzeit erstellt und den Gremien der Selbstverwaltung zur letzten Sitzungsfolge vor der Sommerpause 2017 vorgelegt. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 03.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	18.02.2014 / Ratsversammlung TOP 10.6 - 0072/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Konzepte für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf Die RV beauftragt die Verwaltung, den zuständigen Ausschüssen jeweils bis zur ersten Sitzung nach den Sommerferien 2014 Konzepte mit Kostenschätzungen für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der FFW Wittorf vorzulegen. Gleichzeitig ist diesen Gremien schnellstmöglich eine Stellungnahme zu möglichen Gefährdungen vorzulegen, die eventuell aus den Baumängeln entstehen können. Der Stadtteilbeirat ist bei der Beratung zu beteiligen. Die Federführung liegt beim Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Zentrale Gebäudewirtschaft -
Aktueller Sachstand	Die RV wurde am 04.11.2014 mit der Drucksache 0322/2013 informiert. Mit der Beseitigung von Baumängeln allein sind die Probleme des Standorts allerdings nicht zu lösen. Die Verwaltung wurde beauftragt, Lösungsansätze zu entwickeln. Die Ergebnisse sind den Gremien zur Beratung vorzulegen. Es finden regelmäßige Baubegehungen statt. Reparaturen werden umgehend vorgenommen, Risse werden geschlossen: Im Hinblick auf die Statik hat sich kein akuter Handlungsbedarf ergeben. Ein Entwurf für einen Teilneubau wurde erstellt. Verwaltungsintern wird zurzeit geprüft ob als Alternative ein vollständiger Neubau am jetzigen Standort sinnvoller ist. Im Rahmen der laufenden Überprüfung des Gebäudes durch einen Statiker im Monat Dezember 2016 ergab sich kein neuer Sachstand. Die nächste Begutachtung durch einen Statiker ist für den Monat Dezember 2017 vorgesehen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 04.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	03.06.2014 / Ratsversammlung TOP 10.1 - 0107/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Beantragung von möglichen Fördergeldern für Neumünster aus dem EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 1. Die Verwaltung wird gebeten, aus dem EU-Förderprogramm EfBB "Europa für Bürgerinnen & Bürger" mögliche Fördergelder für Neumünster zeitnah zu beantragen. 2. Mögliche Projekte für Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen entsprechend mit berücksichtigt werden. 3. Der Hauptausschuss soll zwecks weiterer Beratung entsprechend über den Sachstand informiert werden. Zentrale Verwaltung und Personal – Abt. Zentrale Verwaltung -
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Es wird auf die MV 0124/2013 verwiesen, die dem HA am 02.09.2014 vorgelegen hat. Für das Im Monat August 2015 in Neumünster durchgeführte Jugendcamp mit Jugendlichen im Alter von 13-17 Lebensjahren wurde ein Antrag zwecks Förderung im Rahmen von Jugendbegegnungen nach Erasmus+ gestellt. Am 30.07.2015 ist der Antrag positiv beschieden worden. Die Fördersumme beträgt maximal ca. 24.000,- € - in Abhängigkeit von der Teilnehmerzahl und der Anerkennung förderfähiger Kosten. Der Verwendungsnachweis ist zwischenzeitlich eingereicht. Die Endabrechnung stand seinerzeit noch aus. Sie ist Gegenstand der Mitteilungsvorlage 0453/2013/Vv (siehe unten). Aufgrund des Erfolges des Jugendcamps wurde vom 01.08.2016 bis 07.08.2016 ein Jugendcamp mit Jugendlichen aus Neumünster und Gravesham in Gravesham (England) unter der Federführung der Partnerstadt durchgeführt. In der Zeit vom 28.08. – 02.09.2017 wird voraussichtlich Parchim mit deren Partnerstädten Peer (Belgien), Rubene (Lettland) und Neumünster ein Jugendcamp ausrichten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Unter Hinweis auf die Mitteilungsvorlage Nr. 0453 / 2013 vom 20.04.2017, die dem Hauptausschuss am 23.05.2017 zur Kenntnisnahme vorliegt, wird vorgeschlagen, die Angelegenheit als beendet anzusehen und nicht weiter in der Berichterstattung zu führen.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 05.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	04.11.2014 / Ratsversammlung TOP 9.3 - 0148/2013/An Kleine Anfrage der SPD-Ratsfraktion betr. Tank- und Rastanlage Entwicklungsfläche Nord hier: Fortschreibung der der Richtlinie zur Vergabe von Gewerbegrundstücken.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Im Zusammenhang mit der Beantwortung der o. a. Anfrage kündigt der Obm eine Fortschreibung der o. a. Richtlinie aus dem Jahr 1993 an. Diese Fortschreibung soll mit dem Ziel überarbeitet werden, die angemessene Beteiligung der Selbstverwaltung zu gewährleisten und bessere Ergebnisse zu erlangen. Stadtplanung und -entwicklung – Abt. Grundstücksverkehr -
Aktueller Sachstand	Eine Neufassung der Richtlinie zur Vergabe von Gewerbegrundstücken wird derzeit erarbeitet. Dazu gibt es keinen neuen Sachstand. In Bezug auf die Vergabe hins. der Tank- und Rastanlage an der Entwicklungsfläche Nord waren mit Beschluss der RV am 16.02.2016 (0598/2013/DS) die Kriterien festgelegt worden. Die Ausschreibung wurde erfolgreich durchgeführt. Die Ratsversammlung hat mit Beschluss vom 14.02.2017 (0914/2013/DS) über den Verkauf an den erstplatzierten Bewerber entschieden.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 06.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.1 - 0175/2013/An Gemeinsamer Antrag aller Ratsfraktionen betr. Interessens-Bekundung Hochschul-Antrag
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Der Obm wird gebeten, sich beim zuständigen Ministerium des Landes nach dem Verteilungsmodus der der zusätzlichen Studienplätze in S-H. zu erkundigen, die im Rahmen der 3. Phase des Hochschulpakts 2020 von 2016 bis 2020 in S-H zusätzlich geschaffen werden sollen. 2. Der Obm wird gebeten, in diesem Rahmen das Interesse Neumünsters als neuen Standort von Fachbereichen/Fakultäten einer bestehenden Hochschule oder als Standort einer neu zu gründenden Hochschule für angewandte Wissenschaften seitens der Landesregierung zu bekunden. 3. Die RV spricht sich für einen Wettbewerb innerhalb des Landes aus.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Das zuständige Ministerium wurde hins. der Interessensbekundung angeschrieben. Eine Antwort liegt vor. Mit der Vorlage 0277/2013/MV wurde der RV in der Sitzung vom 17.11.2015 der aktuelle Sachstand mitgeteilt. Es werden weiterhin Gespräche zur möglichen Ansiedlung einer Popakademie geführt. Am 11.10.2016 wurden den Fraktionsvorsitzenden durch eine Vertreterin der „Hamburg School of Music“ Informationen zu dem Vorhaben präsentiert, in Neumünster eine sog. „Popakademie“ zu installieren. In der Ältestenratssitzung am 13.02.2017 wurde seitens der Fraktionsvorsitzenden angeregt, die Verwaltung möge von weiteren Verhandlungen Abstand nehmen und eine Absage an die „Hamburg School of Music“ formulieren. Ein entsprechendes Schreiben wurde mit Datum vom 21.02.2017 versandt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema ist abgeschlossen.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 07.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.3 - 0178/2013/An Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Nutzung Kinderferiendorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird gebeten, den Fachausschüssen bis nach der Sommerpause Vorschläge zu machen, wie das Kinderferiendorf von einer großen Zahl von Kindern und Jugendlichen wieder genutzt werden kann. Dabei sind sowohl bauliche als auch inhaltliche Aspekte zu berücksichtigen. Wenn eine Sanierung der Holzhäuser unwirtschaftlich ist, ist der Vorentwurf von Stoy-Architekten aus dem Jahr 2008 der aktuellen Kostensituation anzupassen und ebenfalls zu prüfen, ob es kostengünstigere Bauweisen gibt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die RV hat einer Vorlage der Verwaltung in ihrer Sitzung am 17.11.2015 zugestimmt (0566/2013/DS). Danach soll zunächst mit Hilfe von Sponsoren ein Gebäude renoviert werden, dem dann sukzessive weitere folgen sollen. Nach Abschluss der Renovierung des ersten Hauses wurde seitens der Sponsoren eine zeitnahe Herrichtung weiterer Häuser in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach Instandsetzung /Renovierung der Sanitärgebäude und der Küche durch die Stadt Neumünster geäußert, da dies die Möglichkeiten der Sponsoren übersteige. Die dafür benötigten Beträge werden momentan noch durch die Verwaltung des Sanitärgebäudes 150.000,00 Euro zur interfraktioneller Antrag vor, zur Sanierung des Sanitärgebäudes 150.000,00 Euro zur Verfügung zu stellen (0323/2013/An). Diesem interfraktionellen Antrag wurde in der o. g. Sitzung dergestalt zugestimmt, dass den Serviceclubs als Sponsoren der o. g. Maßnahme dieser Betrag auf Abruf nach Baufortschritt zur Verfügung gestellt werden soll. Aktuell erarbeiten die Fachdienste 40 und 60 ein Anforderungsprofil für Art und Umfang der Renovierung der Sanitärgebäude und des Küchengebäudes. Dieses Anforderungsprofil soll mit den Serviceclubs abgestimmt werden und Grundlage für eine zwischen der Stadt und den Serviceclubs abzuschließende Vereinbarung zur Organisation des Ablaufs dieser

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

	Renovierungsmaßnahme bilden.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 08.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.5 - 0177/2013/An Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Kooperation mit der Wohnungsbau GmbH
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Dem Antrag wird in der Fassung eines Änderungsantrags der Ratsfraktion Die Grünen zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliches Bauland im Stadtgebiet zu entwickeln. Sowohl der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss als auch der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss werden mit der weiteren Beratung beauftragt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung bereitet derzeit die Entwicklung neuer Baugebiete vor. Bei den jetzt laufenden bzw. kurzfristig anstehenden Bauleitverfahren handelt es sich jedoch um kleinere Änderungs- oder Nachverdichtungsverfahren, die sich inhaltlich nicht für eine Kooperation im o. g. Sinne eignen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 09.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.6 - 0161/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Kooperationsvereinbarung zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und Regionalen Bildungszentren gemäß § 43 (6) SchulG
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV begrüßt die Planungen der 3 RBZ, Kooperationsvereinbarungen mit Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufen abzuschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen eventuell betroffenen Schulen die möglichen Folgen zu eruieren und dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. U. a. ist dabei auch zu prüfen, ob ggf. auch ohne Kooperations-Vereinbarung ein gemeinsames Bewerbermanagement möglich ist. Es ist ebenfalls die Möglichkeit zu prüfen, inwieweit eine Kooperation m. d. Jugendberufsagentur möglich ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat den Schul-, Kultur- und Sportausschuss in dessen Sitzung am 05.11.2015 informiert (0286/2013/MV). Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 10.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.04.2015 / Ratsversammlung TOP 9.1 - 0186/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Planungsstand Rad-Station am Hauptbahnhof
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächstmöglichen Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses den Planungsstand der Radstation am Hauptbahnhof gemäß Beschluss des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 03. April 2014 darzustellen. Dabei sollen Förderprogramme von Seiten des Landes im Rahmen der "Bike & Ride Projekte" sowie die damit verbundenen Rahmenbedingungen und etwaige bisherige Gespräche mit möglichen Betreibern einbezogen werden. Ferner sind Umsetzungsvorschläge vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in dessen Sitzung am 02.07.2015 umfassend informiert (0241/2013/MV). Die RV hat in ihrer Sitzung am 26.04.2016 der entsprechenden Verwaltungsvorlage zugestimmt (0699/2013/DS). Der Förderungsantrag nach dem GVFG wurde bewilligt, ebenso der Antrag auf Co-Finanzierung des gemeindlichen (städtischen) Eigenanteils aus dem Förderfonds Nord der Metropolregion Hamburg. Die Ausschreibung der Baumaßnahme ist erfolgt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 11.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	14.07.2015 / Ratsversammlung TOP 12.7 - 0202/2013/An Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Optimierung des Baustellenmanagements
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV bittet die Verwaltung, das Baustellenmanagement zu optimieren (Präzisierung des Beginns und Endes bei Auftragsvergabe, keine Verweisung der jeweiligen Baustelle, regelmäßige Koordination zwischen den Leitungsträgern, Ermittlung der Bedingungen und Kosten für interaktiven Stadtplan für die Homepage der Stadt). Gem. des Änderungsantrags der SPD-Rathausfraktion ist zudem die Koordination zwischen den diversen Leitungsträgern zu optimieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Tiefbau
Aktueller Sachstand	Mit Beschlussfassung zum Stellenplannachtrag (0645/2013/DS) hat die RV in Ihrer Sitzung am 15.03.2016 der Schaffung zusätzlicher Stellen für ein optimiertes Baustellenmanagement zugestimmt. Die Stadt Neumünster hat am 01.02.2017 einen Baustellenkoordinator (Diplom-Verkehrsingenieur) eingestellt. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Ifd. Nr. 12.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0251/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Freies Radio Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den Antrag der SPD-Ratsfraktion in einer modifizierten Fassung: 1. Die Ratsversammlung unterstützt die Initiative von „Freies Radio Neumünster e. V.“, die das Ziel hat, einen nichtkommerziellen Lokalfunk für die Region Neumünster, Bordesholm, Nortorf, Padenstedt zu betreiben. 2. Dem Verein „Freies Radio Neumünster e. V.“ werden kostenfrei Räumlichkeiten im Gebäude Ansharstr. 8/10 (neuer Standort AJZ) für seine Vereinszwecke – insbesondere für die Aufnahme eines Sendebetriebs – zur Verfügung gestellt. 3. Für Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Gebäudeumbaus stellt die Stadt geeignete andere leerstehende Räume z. b. in Schulgebäuden mietfrei zur Verfügung. 4. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen entsprechenden Vertragsentwurf zu erarbeiten und diesen der Ratsversammlung zur Entscheidung vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Stadtplanung und -entwicklung (Federführung) Die RV wurde am 07.06.2016 über den Sachstand informiert (0360/2013/MV). Dabei ging es um die Frage, inwieweit dem Verein „Freies Radio Neumünster e. V.“ kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 13.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 - 0252/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Deutsch für alle
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der SPD-Ratsfraktion, dass die Verwaltung beauftragt wird, zusammen mit der VHS ein Programm „Deutsch für alle“ zu erarbeiten, das allen Flüchtlingen, die Neumünster nach ihrem Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen werden, die Teilnahme an einem jeweils angemessenen Deutschkurs ermöglicht. Die Inhalte sollen sich an dem entsprechenden Programm aus Lübeck orientieren, das dem Antrag als Anlage beigelegt ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Büro des Oberbürgermeisters (Federführung)
Aktueller Sachstand	Zur Umsetzung des Beschlusses wurde am 30.03.2016 ein Gespräch mit Herrn Otte von der VHS geführt. Darin ging es um Umsetzungsmöglichkeiten und die finanzielle Auswirkungen. Für die Ratsversammlung am 12.07.2016 wurde eine entsprechende Mitteilungsvorlage erstellt, die die Sachlage und die voraussichtlichen Kosten erläuterte. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass derzeit ca. 60% der Geflüchteten berechtigt sind, einen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanzierten Integrationskurs besuchen zu dürfen. Dieser schließt nach min. 600 bis max. 1.200 Unterrichtsstunden mit der Prüfung zur Feststellung des Sprachniveaus B1 ab. Für die verbleibenden 40% der Geflüchteten fehlt bislang die Möglichkeit, dieses Sprachniveau erreichen zu können. Das Land SH hat inzwischen die eigene Sprachförderrichtlinie „STAFF.SH“ neu aufgelegt und fördert diesen Personenkreis mit bis zu 360 Unterrichtsstunden, mit dem Ziel das Sprachniveau auf A1/A2 zu erreichen. Damit kann ein „Überlebenswortschatz“ gebildet werden, der jedoch nicht dazu befähigt, auf dem Arbeitsmarkt chancengleich integriert werden zu können. Die VHS hat beim Land einen Antrag auf Förderung von STAFF.SH-Kurse in Neumünster ab 2017 gestellt. Hierüber ist noch nicht entschieden worden, so dass noch keine Aussage darüber

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

	getroffen werden kann, wie viele Kursplätze angeboten werden können und ob dieses Angebot bezogen auf die Anzahl der zugewiesenen Geflüchteten auskömmlich sein wird. Auf diesen Kursen aufbauend, soll im Rahmen von „Deutsch für Alle“ ein städtisches Angebot geschaffen werden, um diesem Personenkreis zum Sprachniveau B1 zu verhelfen. Dies muss unter den geänderten Rahmenbedingungen neu kalkuliert werden, da sich zum einen der Umfang des städtischen Angebotes durch STAFF.SH verringern wird und sich zum anderen die Zugangszahlen von Geflüchteten deutlich geändert haben. Im Handlungskonzept „Kommunales Flüchtlingsmanagement von der Aufnahme bis zur Integration von Menschen mit Fluchterfahrung“ (0929/2013/DS) wird in Kapitel 9 gesondert auf die Integration durch Sprachförderung eingegangen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 14.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.12 - 0256/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Konzept für ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen Toiletten Die RV beschließt auf Antrag der BfB-Ratsfraktion, die Verwaltung zu beauftragen, mit geeigneten Gastronomen und Firmen ein Konzept für ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen „Netten Toiletten“ in Neumünster zu verhandeln. Die gefundenen Standorte, die ggf. zu schließenden städtischen WC-Anlagen sowie die finanziellen Auswirkungen sind den zuständigen Ausschüssen und der Ratsversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Stadtplanung und -entwicklung
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Wegen der erforderlichen Einbindung der freien Wirtschaft wurde überlegt, welche Multiplikatoren sich dazu anbieten könnten. Ein Gastronomiebetrieb hat initiativ Interesse bekundet. Darüber hinaus gibt es keinen neuen Sachstand. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 15.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0275/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Straßensanierungen, Alternativen zur bisherigen Straßenaufteilung Die RV beschließt auf Antrag der CDU-Ratsfraktion bei anstehenden Straßensanierungen eine umfassende Darlegung der zuvor durchgeführten und der aktuell geplanten Maßnahmen sowie der damit verbundenen Kosten. Zudem soll die Belastung durch den Verkehr ermittelt werden. Die Kostenermittlung ist den Gremien vorzulegen. Die Anlieger sind zu informieren. Durch Abstimmung mit den Leitungsträgern ist sicherzustellen, dass sanierte Straßen binnen der nächsten 4 Jahre nicht erneut aufgerissen werden müssen. Zudem soll die Verwaltung Alternativen zur bisherigen Straßenaufteilung aufzeigen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Eine Mitteilungsvorlage (0386/2013/MV) über zukünftige Straßenkategorien im Rahmen der Änderung der Straßenbaubeitragssatzung hat das Beteiligungsverfahren der Selbstverwaltungsgremien durchlaufen. Der Entwurf der geänderten Straßenbaubeitragssatzung lag den Gremien zur anschließenden Beratung vor (0803/2013/DS) und wurde zurückgestellt bis Ausführungsbestimmungen vorliegen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 16.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.3 - 0267/2013/An Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Stadtradeln 2016
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Die RV beschließt auf Antrag der CDU-Ratsfraktion einen Prüfauftrag, an der Kampagne „Stadtradeln 2016“ des Deutschen Städte- und Gemeindetages teilzunehmen. Stadtplanung und -entwicklung Für das Jahr 2016 konnte keine ausreichende Anzahl von Aktionen mehr vorbereitet und durchgeführt werden. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des örtlichen ADFC bereitete die Teilnahme an der Aktion Stadtradeln für das Jahr 2017 vor. Der Aktionszeitraum fand erfolgreich vom 5. bis 25. Mai 2017 statt. Das Thema wird als erledigt angesehen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 17.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.7 - 0275/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Straßenbaubeitragssatzung, ergänzende Informationen zu den Straßen und deren Veröffentlichung auf der städtischen Homepage Die RV beschließt auf Antrag der BfB-Ratsfraktion, umfassende Informationen zu den Straßen in der Stadt Neumünster auf der städtischen Homepage zu veröffentlichen. Dabei geht es im Wesentlichen um durchgeführte und geplante Sanierungen und die damit verbundenen Kosten bzw. deren Umlage auf die Bürger. Für die Kategorisierung von Straßen sind die Kriterien zu definieren.
Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung bzw. Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Tiefbau
Aktueller Sachstand	Siehe Nr. 15.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 18.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	07.06.2016 / Ratsversammlung TOP 15 - 0703/2013/DS
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Aufstellung der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung für die Stadt Neumünster - Beschluss über Anregungen - Abschließender Beschluss über die 2. Stufe des Lärmaktionsplanes Die RV beschließt den von RFr Bühne für die CDU-Ratsfraktion eingebrachten Ergänzungsantrag insoweit als das die neue Ziffer 2 wie folgt lautet: „Die Verwaltung soll die Öffentlichkeit in geeigneter Form darüber informieren, welche Fördermöglichkeiten in Hinblick auf den Einbau von Schallschutzfenstern in den besonders von Straßenlärm betroffenen Straßen bestehen. Auf dem Ring und den anderen Hauptverkehrsstraßen sollen keine zusätzlichen 30-KM-Zonen eingerichtet werden.“ Die Vorlage wird in der geänderten Fassung zugestimmt. Stadtplanung und -entwicklung
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Ein erneuter Beschluss und Billigung des geänderten Entwurfes fand in der Ratsversammlung am 14.02.2017 statt (0875/2013/DS). Der Beschluss wurde entsprechend bekannt gemacht. Das Verfahren zur 2. Stufe der Lärmaktionsplanung ist abgeschlossen.
Aktueller Sachstand	Das Thema wird als erledigt angesehen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 19.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 – 0289/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Umwandlung der Uker Halle als eine Außenstelle der Kita Faldera
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob das Gebäude und/oder das Grundstück Uker Halle im Stadtteil Faldera als eine Außenstelle der Kita Faldera entwickelt werden kann, ob und ggfs. welcher Bedarf für zusätzliche Kita-Plätze im Stadtteil besteht, wie eine bedarfsgerechte Kita-Planung auf dem Grundstück, mit und ohne das vorhandene Gebäude ausfallen kann und welche Kosten dafür entstehen und ob und ggfs. Welche Alternativen für eine Bedarfsdeckung im örtlichen Bereich (z. B. durch Maßnahmen von anderen Trägern) bestehen? Noch rechtzeitig vor Beginn der Beratungen zum Haushalt 2017/18 wird eine Vorlage erwartet, aufgrund der haushaltsrelevante Beschlüsse gefasst werden können. Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Abt. Hochbau
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	
Aktueller Sachstand	Der Abbruch der Uker Halle wird vorbereitet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Angelegenheit wird als erledigt betrachtet.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 20.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0287/2013/An Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Gemeinsames Projekt zur Attraktivitätssteigerung der Fußgängerzone
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Mit dem Ergänzungsantrag der SPD-Rathausfraktion (Zweiter Satz) beschließt die RV, dass die Verwaltung gebeten wird, Gespräche mit den Grundeigentümern der Lütjenstraße mit dem Ziel zu führen, zu prüfen, ob die Bereitschaft besteht, ein gemeinsames Projekt zur Attraktivitätssteigerung dieser Fußgängerzone zu verwirklichen. Die Verwaltung möge das Ergebnis der Gespräche mit den Anliegern in der ersten Ratsversammlung 2017 mitteilen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Der Bereich „Lütjenstraße“ wurde im Rahmen der Planungswerkstatt mit bearbeitet. Über die Planungswerkstatt wurde ausführlich im 1. Quartal 2017 berichtet, die Ergebnisse fließen in die weitere Bearbeitung des Antrages ein.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 21.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 – 0288/2013/An Antrag des RH Griese, Die Linke, betr. Carlstraße als Fahrradstraße
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Ursprungsantrag wird in der Fassung des Änderungsantrages durch die Ratsfraktion der Grünen wie folgt durch die RV beschlossen: 1. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie in der Carlstraße zwischen Roonstraße und Sauerbruchstraße der Fahrradverkehr im Sinne des Antrags „Fahrradstadt Neumünster“ vom 27. August 2013 optimiert werden kann. 2. Die Varianten sind dem zukünftigen Planungs- und Umweltausschuss zeitnah vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung, Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Straßenverkehrsangelegenheiten
Aktueller Sachstand	Der Prüfauftrag wurde bearbeitet. Das Thema wird im Rahmen einer Beschlussvorlage im Juni 2017 beraten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 22.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0241/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen Die RV beschließt den modifizierten und somit ergänzten Antrag der SPD-Ratsfraktion: 1. Zur Erfüllung des § 47f Absatz 1 u. 2 der GO wird ein demokratisch legitimiertes Gremium (z. b. Jugendparlament oder Jugendbeirat) gewählt mit folgenden Rechten; ♦ Antrags- und Rederecht in allen städtischen Ausschüssen ♦ Anhörung bei allen kinder- und jugendrelevanten Vorhaben ♦ Beratung von Anträgen der Jugendverbände, politischer Jugendorganisationen, Kitas, Jugendhäusern, Schülervertretungen und Initiativen. 2. Die Stadt unterstützt aktiv Projektformen zur Demokratieförderung durch Beratung und Hilfestellung und wenn erforderlich, mit Zuschüssen und richtet eine halbe Stelle in der Verwaltung als feste Ansprechperson für das Gremium ein. 3. Die Stadt richtet eine FSJ-Stelle ein, die als Bindeglied zu den Kindern und Jugendlichen („Peers“) und zur außerschulischen Jugendarbeit dient. 4. Aktive Unterstützung als Schulträger bei der Bildung einer Kreisschülervertretung und deren positiver Begleitung inkl. Bereitstellung materieller und räumlicher Infrastruktur. 5. Im Zuge zunehmender Betreuungsangebote in den Schulen (Schulsozialarbeit) müssen die Jugendhäuser noch besser in die vorhandenen Angebote integriert werden. Die außerschulische Bildung muss sowohl integraler Bestandteil einer konzeptionell umfassenden Demokratiepädagogik sein als auch wesentliche Berücksichtigung im Rahmen einer gleichberechtigten Kinder – und Jugendbeteiligung erfahren. 6. Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses wir den Jugendverbänden empfohlen, möglichst junge Vertreterinnen und Vertreter (z. B. bis 35 J.) vorzuschlagen. 7. Für das neu zu gründende Gremium wird ab 2017 als jährliches Budget der Betrag von 5.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. 8. Zur Förderung der Demokratiebildung in Kitas sowie in Grund- und weiterführenden Schulen wird ein Partizipationspreis, der alle zwei Jahre vergeben wird, ausgelobt. Die

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

	dafür notwendigen Regularien werden von der Verwaltung erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Dieser Preis soll ein Tandem-Preis sein, d. h., eine Partizipations-Kita/-Schule schult eine andere Kita/Schule, die noch nicht partizipativ arbeitet. Der Preis soll dann an beide Einrichtungen gehen. 9. Die Fraktionen stellen jeweils eine Patin oder einen Paten für das Gremium zur Unterstützung der demokratischen Arbeit (z. B. Formulierung von Anträgen, Erklärung von politischen Prozessen etc.). 10. Die finanzwirksamen Punkte des Antrages, sind in den Haushalten 2017/2018 sicher zu stellen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Die Ratsversammlung würde es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung es einrichten könnte, die Jugendparlamentssitzungen im Ratssaal stattfinden zu lassen. Schule, Jugend, Kultur und Sport, Abteilung Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Fachdienst Zentrale Verwaltung und Personal Die neu einzurichtende Stelle wurde mit Bewerbungsschluss 30.11.2016 öffentlich ausgeschrieben. Inzwischen wurde die neu eingerichtete Stelle zum 01.02.2017 besetzt. Die Wahl eines demokratisch legitimierten Gremiums der Kinder- und Jugendbeteiligung ist für das Frühjahr 2018 geplant. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 23.

Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 16 – 0754/2013/Ds
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003-2007 • Beschluss über die im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Anregungen • Beschluss über die Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes Die RV beschließt den von RH Delfs für die SPD-Ratsfraktion eingebrachten Änderungsantrag, der den bisherigen Antragstext ersetzt: 1. Die RV hat die während des Beteiligungsverfahrens vorgetragenen Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht und der in der diesem Antrag beigefügten Begründung aufgeführten Maßnahmenliste (Basis: Fahrplan 01.12.2014) zu. Dabei sollen die in der Begründung aufgeführten Punkte 1-4 sofort zum planmäßigen Fahrplanwechsel 2016 umgesetzt werden. 2. Die RV beschließt die Fortschreibung des „2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 – 2007“ gemäß § 5 ÖPNVG S-H bestehend aus dem 2.RNVP und dem Fortschreibundteil in der geänderten Fassung, nämlich Seite 4 b „1. Zur Verbesserung der intramodalen Verknüpfung...“ (weiter wie Maßnahmenliste). 3. Die RV beauftragt die Verwaltung mit der grundlegenden Neuaufstellung des Regionalen Nahverkehrsplans und zwar mit folgender Maßgabe: a) Es wird ein externer Sachverständiger beauftragt, der in Zusammenarbeit mit SWN Verkehr GmbH als direkt mit dem Stadtverkehr beauftragten Verkehrsunternehmen einen konkreten Vorschlag für einen straßengebundenen ÖPNV und einen RNVP für die Stadt – mit Handlungsempfehlungen u. a. zu den in der Begründung genannten Fragen und unter Berücksichtigung der dort genannten Bedingungen – vorlegen soll. b) Dabei soll folgender Zeitplan eingehalten werden: - aa) Für die RV am 22.11.2016 wird von der Verwaltung eine Vorlage für die Bestimmung und Beauftragung des Sachverständigen erwartet. Die Vorlage soll so gestaltet sein, dass der Sachverständige umgehend nach positivem Beschluss in der RV beauftragt wird. - bb) Für die vorletzte RV vor der Sommerpause 2017 soll der Vorschlag des

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

	Sachverständigen für eine erste Lesung vorliegen. cc) Unmittelbar anschließend wird ein Beteiligungsverfahren mit den Stadtteilbeiräten und das Beteiligungsverfahren gem. ÖPNV-Gesetz S-H durchgeführt. dd) In der letzten RV 2017 soll der neue RNVP in zweiter Lesung – unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Beteiligungsverfahrens – endgültig abgeschlossen werden. ee) Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen soll unmittelbar erfolgen durch einen außerplanmäßigen Fahrplanwechsel im ersten Halbjahr 2018.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Stadtplanung und -entwicklung Die Vergabe des Auftrages an ein externes Planungsbüro wurde von der Ratsversammlung am 14.02.2017 beschlossen (0922/2013/DS). Der Entwurf des 3. RNVP wird zur Zeit erarbeitet und soll mit einer entsprechenden Drucksache in die Beratungsfolge im Juli 2017 gegeben werden, um im Anschluss das oben unter cc) beschriebene Beteiligungsverfahren durchzuführen. Auf die Abweichung zu dem mit Beschluss zur Drucksache 0754/2013/DS vorgegebenen Zeitplan war bereits mit der Drucksache 0922/2013/DS hingewiesen worden. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 24.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0321/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Wiederherstellung der Grünanlagen zwischen der Schleusau und Tuch & Technik
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Eine erneute Ausschreibung der Wiederherstellung der Grünflächen zwischen der Schleusau und Tuch & Technik soll nicht mehr erfolgen. Der Fachbereich Grünflächen wird unverzüglich damit beauftragt, die Fläche bis zu einem Betrag von höchstens 150.000 € neu zu gestalten.
Aktueller Sachstand	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Abteilung Grünflächen
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Umplanung ist abgeschlossen. Die wesentlichen Aufträge wurden erteilt und sind bereits in Teilen abgearbeitet. Die finanzielle Vorgabe der Ratsversammlung wird eingehalten.
ggf. Anmerkungen	Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit als erledigt anzusehen.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 25.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.3 – 0323/2013/An Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen betr. Sanierung Kinderferiendorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Für die Sanierung des Kinderferiendorfes (Sanitärgebäude für Mädchen und Jungen, Küchengebäude) sind 150.000 Euro zur Verfügung zu stellen. 2. Das Geld soll den Serviceclubs durch Abruf nach Baufortschritt zur Verfügung gestellt werden.
Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Schule, Jugend, Kultur und Sport In der Sitzung vom 22.11.2016 wurde diesem interfraktionellen Antrag (0323/2013/An) dergestalt zugestimmt, dass den Serviceclubs als Sponsoren der o. g. Maßnahme dieser Betrag auf Abruf nach Baufortschritt zur Verfügung gestellt werden soll. Aktuell erarbeiten die Fachdienste 40 und 60 ein Anforderungsprofil für Art und Umfang der Renovierung der Sanitärgebäude und des Küchengebäudes. Dieses Anforderungsprofil soll mit den Serviceclubs abgestimmt werden und Grundlage für eine zwischen der Stadt und den Serviceclubs abzuschließende Vereinbarung zur Organisation des Ablaufs dieser Renovierungsmaßnahmen bilden.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Unter Hinweis auf die fortlaufende Berichterstattung zu der aktuell in diesem Bericht lfd. Nr. 7 wird vorgeschlagen, die Berichterstattung zu der lfd. Nr. 25 als erledigt zu betrachten.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 26.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.4 – 0314/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für den gesamten ruhenden Verkehr im gesamten Stadtgebiet Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wird beschlossen: 1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtgebiet Standorte für die Errichtung von zusätzlichen LKW-Stellplatzanlagen aufzuzeigen. Den zuständigen Ausschüssen sind die Vorschläge bis zur Sommerpause vorzulegen. 2. Gegebenenfalls sollte auch in Gesprächen mit den Umlandgemeinden gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. 3. Für den übrigen gesamten ruhenden Verkehr wird kein Konzept erarbeitet.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung / Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Abteilung Grünflächen / Straßenverkehrsangelegenheiten
Aktueller Sachstand	Die Untersuchung soll extern vergeben werden.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 27.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 – 0321/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Wohnraumentwicklungskonzept
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Die Verwaltung wird beauftragt, das Wohnraumentwicklungskonzept der Stadt Neumünster zeitnah auf der Grundlage der tatsächlichen bzw. der prognostizierten Entwicklung zu aktualisieren und fortzuschreiben. Stadtplanung und -entwicklung Das Ausschreibungsverfahren für eine externe Vergabe findet gegenwärtig statt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 28.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 – 0325/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Modernisierung/Sanierung des Sanitärtraktes Feriencamp Lenster Strand
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreissportverband Neumünster e. V. (KSV) eine vertragliche Regelung über einen weiteren Nutzungszeitraum von 10 Jahren, beginnend am 01.01.2017, abzuschließen mit der Sicherstellung des jährlichen Investitionszuschusses in Höhe von 24.000 Euro für den Betrieb der Jugendbegegnungsstätte Lensterstrand. Der KSV verpflichtet sich dafür, den auf dem Gelände der Jugendbegegnungsstätte Lensterstrand vorhandenen Sanitärtrakt schnellstmöglich zu sanieren. Weiterhin soll der KSV Anstrengungen unternehmen, die zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der Anlage führen kann.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Schule, Jugend, Kultur und Sport Die Verwaltung wird in der Ratsversammlung für die Sitzung am 18.07.2017 den Entwurf einer neuen Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt Neumünster und dem Kreissportverband Neumünster e. V. für den Betrieb der Jugendbegegnungsstätte Lenster Strand zur Beschlussfassung vorlegen (Drucksache-Nr.: 1000/2013/DS). Diese Vereinbarung würde die bislang gültige Vereinbarung zwischen o. g. Vertragspartnern vom 09. Mai / 07. Juni 1974 ersetzen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit im Rahmen der Berichterstattung als erledigt zu betrachten.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 29.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.7 – 0327/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Institut für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein, hier: Interessenbekundung des Standorts Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Oberbürgermeister wird gebeten, gegenüber der Landesregierung und dem Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes das Interesse Neumünsters als Standort des geplanten Instituts für berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB) zu bekunden.
Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Eine schriftliche Interessenbekundung des Oberbürgermeisters ist mit Datum vom 21.12.2016 an die Ministerin für Schule und Berufsbildung versandt worden. Das Schreiben ist bisher unbeantwortet geblieben.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Über den Fortgang in der Angelegenheit wird berichtet.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 30.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	13.12.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0335/2013/An, Dringlichkeitsantrag Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, BfB, CDU, FDP und SPD betr. Resolution zum Erhalt des Bahnwerks Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Ratsversammlung (RV) der Stadt Neumünster betrachtet mit großer Sorge die Diskussion um den Bahnstandort in Neumünster. Eine Reduzierung des Arbeitsvolumens um ein Drittel in der Fahrzeuginstandhaltung bei der Bahn kann die RV in keiner Weise nachvollziehen. Die praktischen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit haben die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit bei Revision, Umbau und Modernisierung von Reisezugwagen mehr als deutlich gezeigt. Die RV spricht sich deshalb für den Erhalt des Bahnwerks Neumünster in seiner jetzigen Form aus. Sollten Produktionsteile vom hiesigen Bahnwerk abgezogen werden, müssen dafür gleichwertige neue Aufgaben vor Ort angesiedelt werden. Die Ratsversammlung fordert mit Nachdruck alle Entscheidungsträger auf, sich für den Erhalt des Werks als bedeutenden Arbeitgeber in Neumünster und Schleswig-Holstein einzusetzen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Zentrale Verwaltung und Personal, Abteilung Zentrale Verwaltung
Aktueller Sachstand	Die Resolution wurde von der Stadtpräsidentin an Entscheidungsträger und politisch verantwortliche Personen und Institutionen zu Beginn des Monats Januar 2017 versandt. Es sind darauf hin schriftliche Antworten ergangen. Weiter haben Gespräche u. a. des Oberbürgermeisters mit den Verantwortlichen der Bahn stattgefunden. Die Entscheidung der Bahn in der Angelegenheit wird voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2017 erwartet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 31.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	14.02.2017 / Ratsversammlung TOP 11.2 – 0341/2013/An, Dringlichkeitsantrag Antrag des Rats Herrn Griese, Die Linke, betr. Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße in Anni-Wadle-Weg
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Mit dem Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion wird der ursprüngliche Antragstext wie folgt beschlossen: 1. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem gesonderten Verfahren zu überprüfen, ob die Benennung einer Straße nach Agnes Miegel im Hinblick auf ihre Rolle und ihr Wirken in der Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsstaates sowie ihre Haltung zu dieser Frage nach 1945 angemessen und vertretbar ist. Die entsprechenden Fakten sind historisch fundiert darzulegen. 2. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind der Ratsversammlung nach erfolgter Beteiligung aller relevanten Stellen (Stadtteilbeirat, Gleichstellungsstelle etc.) und einer Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen vorzulegen. 3. Sollte das Ergebnis der Prüfung ergeben, dass eine Straßenumbenennung geboten ist, ist die neue Namensgebung nach dem üblichen Verfahren vorzunehmen
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport bzw. Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 32.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	04.04.2017 / Ratsversammlung TOP 11.1 - 0354/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Kostenfreies WLAN-Netzwerk im Rathaus
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, im Rathaus ein kostenfreies WLAN Netzwerk für alle Ratsmitglieder und bürgerschaftlichen Mitglieder schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen. Dem Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss ist in jeder Sitzung kurz schriftlich über den Stand der Umsetzung zu berichten
Fachdienst (ggf. federführend)	EDV-Dienste -
Aktueller Sachstand	Der Beschluss wurde umgesetzt – siehe Mitteilung in der Ratsversammlung am 13.06.2017 (0464/2013/MV).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Angelegenheit ist als erledigt zu betrachten.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

Lfd. Nr. 33.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	04.04.2017 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0346/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Mensabau Kita / Grundschule Gartenstadt
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Antrag in der modifizierten Fassung vom 04.04.2017, einschließlich des Ergänzungsantrags der CDU-Ratsfraktion bezüglich der neuen Ziffer 3, wird einstimmig wie folgt beschlossen: 1. Für die Grundschule Gartenstadt ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für eine provisorische Mittagsverpflegung am Standort zu sorgen. Dies kann ggf. über eine Containerlösung erfolgen. 2. Für die Kita ist von der Verwaltung zu prüfen, ob in die Planung des Neubaus ein Familienzentrum eingebracht werden kann. Dabei ist sowohl der Bedarf zu ermitteln als auch zu überprüfen, ob die notwendige Fläche vorhanden ist. Das Ergebnis ist den beteiligten Ausschüssen mitzuteilen. 3. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob der Platzbedarf und das Raumprogramm des Neubaus ausreichend sind, um den jetzigen und zukünftigen Bedarf an Kita-Plätzen zu decken.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Frühkindliche Bildung - Abt. Verwaltung -
Aktueller Sachstand	Zu den einzelnen Punkten des Beschlusses wird wie folgt berichtet: 1. Der Schule wurden durch die Verwaltung aus deren Sicht vertretbare Umsetzungsoptionen zur Einnahme einer provisorischen Mittagsverpflegung in derzeit schulisch genutzten Räumen innerhalb des Schulgebäudes aufgezeigt. Nach eingehender Prüfung aller Optionen kam die Schule zu dem Ergebnis, dass eine Nutzung von bestehenden Räumen innerhalb des Schulgebäudes nicht möglich sei und die Durchführung einer provisorischen Mittagsverpflegung ausschließlich durch die Schaffung einer Containeranlage zu realisieren wäre. Für eine Entscheidung zum weiteren Fortgang werden durch die Verwaltung derzeit die voraussichtlich zu erwartenden Kosten für die Herrichtung einer Containerlösung errechnet.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat Mai 2017

	2. Die DS 1017/2013 wird für den 27.06.2017 die Errichtung eines Familienzentrums vorschlagen. Der Bedarf ist dafür grundsätzlich gegeben. Ob die Einrichtung des Familienzentrums tatsächlich Platz auf dem Grundstück findet, muss ein zu beauftragender Architekt prüfen. 3. Der Bedarf einer zusätzlichen Elementargruppe ist in der Gartenstadt grundsätzlich vorhanden. Die DS sieht beide Varianten vor, einmal den Ersatzbau für die jetzigen Gruppen als Mindestanforderung. Ziel sollte es aber sein, eine zusätzliche Elementargruppe zu bauen, auch hier muss ein externer Architekt prüfen, ob das Grundstück ausreichend groß dafür ist.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	